



Ausgabe: Dezember 2024

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	3
2.1 <i>Bundesgericht</i>	3
2.2 <i>Kantonale Entscheide</i>	4
2.3 <i>Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)</i>	4
3. Neue Volksinitiativen.....	5
4. Publikationen.....	6
5. Dokumentation und Kontakt.....	9



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

plädoyer 02.12.2024

Die Vertraulichkeit wird „eklatant untergraben“ – Lobbyismus · Einige Parlamentarier beschäftigen persönliche Mitarbeiter, die Zugriff auf vertrauliche Kommissionsunterlagen und -protokolle haben. Der Basler Professor Markus Schefer sieht darin eine Gefährdung des Kommissionsgeheimnisses. ([Link](#))

NZZ 08.12.2024, S. 53

Sie macht uns glücklich und frei: Die liberale Demokratie ist immer noch das beste System – Erinnerung an eine fast vergessene Utopie. ([Link](#))



12.12.2024

„... bis Syrien eine Demokratie ist“ – Anwar al-Bunni hat sich in Syrien für politische Gefangene eingesetzt, wurde selbst inhaftiert und floh schliesslich ins Ausland. Ein Gespräch über das berüchtigte Saindaya-Gefängnis als Symbol des Assad-Regimes und den Kampf um Gerechtigkeit für dessen Opfer. ([Link](#))

NZZ 13.12.2024, S. 7

Das Bundesgericht lehnt die Annullierung der AHV-Abstimmung ab – aber in der Sache gibt es einen Geschlechtergraben – Zwei Richterinnen sehen die Informationspolitik des Bundes und den Rechenfehler beim AHV-Defizit kritischer als ihre männlichen Kollegen. Trotzdem sind sich alle einig, dass Rechtssicherheit vorgeht. ([Link](#))

NZZ 20.12.2024 (nur online)

Die deutsche CDU und CSU wollen die Wahlreform rückgängig machen: Das würde etwa 100 Millionen mehr pro Jahr kosten – Die beiden konservativen Parteien machen die Abschaffung der Wahlreform zur Bedingung für eine Koalition nach den Bundestagswahlen im Februar. Damit würden sie den Bundeshaushalt zusätzlich strapazieren. ([Link](#))

NZZ 27.12.2024, S. 27

Deepfakes können der Demokratie nützen. Machen wir die Technologie dahinter nicht zum Sündenbock für Probleme der Politik – Zu Beginn des Superwahljahrs 2024 warnten Politologen davor, dass Deepfakes demokratische Wahlen gefährden. Nun zeigt sich: Die Befürchtung war überzogen, die Technologie wirkte anders als erwartet. ([Link](#))

NZZ 31.12.2024, S. 3

In vier Jahren soll es Wahlen geben: Syriens neue Machthaber wollen es mit der Demokratie langsam angehen – In einem Fernsehinterview hat sich Ahmed al-Sharaa – der neue starke Mann in Damaskus – zur Zukunft Syriens geäußert. Zuerst soll das Land stabilisiert werden, sagt er. Gleichzeitig stellt er die Auflösung seiner Miliz in Aussicht. ([Link](#))



NZZ 31.12.2024, S. 18
Gerade unter dem Druck erstarkender Autokratien müssen Demokratien auf ihre po-
litische Kultur achten – Die liberalen Rechtsstaaten müssen die Demokratie mit ihren
offenen Wahl- und Abstimmungsergebnissen ernst nehmen – und damit den Kern
der Volksherrschaft. ([Link](#))

NZZ 31.12.2024, S. 32
Mit dem „Zauberberg“ bereitete sich Thomas Mann auf den Kampf gegen Hitler vor,
nur ahnte er zu diesem Zeitpunkt nichts davon – Vor hundert Jahren erschien
Thomas Manns Meisterwerk. Darin blickt der Autor zurück auf den Ersten Weltkrieg
und enthüllt die Zukunft. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 14. Oktober 2024 ([1C 369/2024](#))

Gemeindeinitiative „Hochdorf heizt erneuerbar“ – Der Initiant erhebt Beschwerde
gegen Vorbereitungshandlungen sowie gegen die Abstimmungserläuterungen des
Gemeinderates. Namentlich macht er geltend, die Aussage, dass bei Annahme der
Initiative eine Änderung der BZO nötig sei, verletze Art. 34 Abs. 2 BV – Das Kan-
tongesicht wies eine Beschwerde ab und trat auf die andere nicht ein – Das Bun-
desgericht vereinigt die Verfahren, beanstandet beide Vorentscheide nicht und
weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



Urteil des Bundesgerichts vom 29. Oktober 2024 ([1C 363/2024](#))

Ermittlung der absoluten Mehrheit bei der Abstimmung vom 3. März 2024 über die
neue Kantonsverfassung des Kantons Wallis – Der Beschwerdeführer hatte Be-
schwerde gegen die Abstimmungsmodalitäten erhoben, diese jedoch infolge des
Abstimmungsergebnisses zurückgezogen. Der Grosse Rat schrieb die Be-
schwerde als gegenstandslos ab, erlegte dem Beschwerdeführer jedoch die Kos-
ten von 200.- auf – Dieser macht eine Verletzung des Legalitätsprinzips im Abga-
bereich geltend, da keine gesetzliche Grundlage für die Auferlegung der Gebühr
bestehe – Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut.



Urteil des Bundesgerichts vom 18. November 2024 ([1F 20/2024](#)) (franz.)

Revisionsgesuch gegen den Entscheid [1C 185/2024](#) – Ständeratswahl 2023 im
Kanton Genf – Der Beschwerdeführer präsentiert keine validen Revisionsgründe
sondern möchte kritisiert den vorangegangenen Entscheid des Bundesgerichts,
weshalb dieses sein Revisionsgesuch abweist, soweit es darauf eintritt.



Verfügung des Bundesgerichts vom 5. Dezember 2024 ([1C 687/2024](#)) (franz.)

Ausstandsgesuch – Das Bundesgericht nimmt Kenntnis von der Rückzugserklä-
rung des Beschwerdeführers und schreibt die Beschwerde als gegenstandslos ab.



2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Kantonsgerichts Genf vom 3. Oktober 2024 ([ACST/19/2024](#))

Ungültigerklärung der kantonalen Volksinitiative „Exploitations à proximité des gravières : une distance minimale afin de mieux préserver la santé publique“ – Die Initiative wollte unter anderem einen Minimalabstand zwischen Wohnzonen und Kiesgruben. Der Staatsrat erklärte die Initiative aufgrund Unvereinbarkeit mit Bundesrecht teilweise ungültig – Das Kantonsgericht schliesst sich der Ansicht des Staatsrats an und weist die Beschwerde ab.



Urteil des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 17. Oktober 2024 ([V 24 5](#))

Kommunale Urnenabstimmungen vom 9. Juni 2024 über ein Bauprojekt – Der Beschwerdeführer begründete seine Beschwerde im Wesentlichen damit, dass der Stimmbürgerschaft aufgrund von nicht abgesicherten und widersprüchlichen Angaben, falschen Berechnungen und intransparenten Ausführungen in der Abstimmungsbotschaft die Möglichkeit einer objektiven Meinungsbildung verwehrt sei – Die Vorlage wurde darauf an der Urne knapp angenommen – Der Gemeinde wurde in Annahme der aufschiebenden Wirkung daraufhin untersagt, in der Sache Verhandlungen mit der vorgesehenen Baurechtsnehmerin zu führen oder Verträge abzuschliessen – Das Verwaltungsgericht erachtet die Beschwerde als verspätet, da der Beschwerdeführer bereits bei Erhalt der Abstimmungsunterlagen hätte Beschwerde erheben können. Dass er den geltend gemachten Mangel konkret erst später entdeckte, ist unerheblich – Das Verwaltungsgericht tritt nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 20. November 2024 ([VB.2024.00666](#))

Urnenabstimmung vom 24. November 2024 – Genehmigung eines Planungskredits für den Ersatzbau einer Kehrichtverwertungsanlage eines Zweckverbands – Der Beschwerdeführer macht geltend, dass die Stimmbevölkerung im Vorfeld der Abstimmung falsch informiert bzw. über verschiedene Punkte getäuscht worden sei – Das Verwaltungsgericht beanstandet die Äusserungen der Gemeinde nicht, insbesondere der beleuchtende Bericht weise eine dem Projekt angemessene Länge auf und sei gut verständlich – Das Verwaltungsgericht weist die Beschwerde ab.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)



Entscheid der UBI vom 5. September 2024 ([b. 993](#))

Tagesschau vom 5. März 2024, Beitrag über neue Begehrlichkeiten nach Annahme der Volksinitiative über die 13. AHV-Rente – Der Beschwerdeführer wurde mit seiner Frau beim Anstossen mit Weingläsern gezeigt. Dies suggeriere, dass sie für die Initiative gewesen seien, was jedoch nicht den Tatsachen entspreche. Er empfinde dies als rufschädigend – Die SRG macht geltend, dass es keinen rundfunkrechtlichen Persönlichkeitsschutz gäbe und dass auch das Sachgerechtigkeitsgebot nach Art. 4 Abs. 2 RTVG nicht verletzt sei – Die UBI anerkennt,

dass die journalistischen Sorgfaltspflichten beim Beitrag nicht eingehalten wurde, da die entsprechende Sequenz nur ungenügend als Symbolbild bezeichnet wurde – Da allerdings der Gesamteindruck des Beitrags zähle und die Sequenz nur wenige Sekunden dauerte, sieht die UBI keine Verletzung des RTVG und weist die Beschwerde ab, soweit sie darauf eintritt.



Entscheid der UBI vom 5. September 2024 ([b. 994](#))

Online-Artikel „Individualbesteuerung – Wie die Politik die Heiratsstrafe abschaffen will“ vom 21. Februar 2024 – Der Beschwerdeführer macht geltend, der Artikel sei unausgewogen und zu allgemein. Es werde suggeriert, dass nur Ehepaare, die zusammen ein Einkommen zwischen 150'000 und 250'000 Franken aufweisen, von der Steuergerechtigkeits-Initiative profitieren würden. Betroffen seien aber alle Ehepaare – Die UBI erachtet den Inhalt des Artikels als weitgehend korrekt, weshalb sie das Sachgerechtigkeitsgebot (Art. 4 Abs. 2 RTVG) nicht als verletzt erachtet. Das Vielfaltsgebot (Art. 4 Abs. 4 RTVG) sei zudem nicht anwendbar – Die UBI weist die Beschwerde ab, soweit sie darauf eintritt.

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([13](#)) (+1)
- In Auszählung ([2](#)) (-1)
- Beim Bundesrat hängig ([10](#)) (+1)
- Beim Parlament hängig ([8](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (0)



Botschaft des Bundesrates vom 20. November 2024

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Ja zum Importverbot für Stopfleber (Stopfleber-Initiative)“ empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2024 3077](#))



Botschaft des Bundesrates vom 27. November 2024

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)“ empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2024 3136](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 17. Dezember 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine finanziell starke, souveräne und verantwortungsvolle Schweiz (Bitcoin-Initiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 30. Juni 2026. ([BBI 2024 3277](#))

¹ Stand 31.12.2024.



Verfügung der Bundeskanzlei vom 19. Dezember 2024

Die Eidgenössische Volksinitiative „Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit“ ist mit 108 709 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative verpflichtet den Bund, Massnahmen gegen die Knappheit von wichtigen Heilmitteln und anderen wichtigen medizinischen Gütern zu ergreifen.² ([BBI 2024 3177](#))

4. Publikationen



AMMANN ODILE, Regulating legislative lobbying in Switzerland: superfluous or overdue?, in: LA PIRA TIMOTHY/RASMUSSEN ANNE (Hrsg.), Special Issue: New Perspectives on Lobbying Regulation and Reform – Part 1, Interest Groups & Advocacy, Vol. 13, S. 457 ff. ([Link](#))



ANDRADE MAITÉ, 8. [ATF 149 I 182-191](#) (31.3.2023/f; [1C 393/2022](#)), RDAF 2024 I, S. 144 ff. ([Swisslex](#))



BAUER ELISABETH, The carrot and stick approach: exploring the advantages and limits of the EU's transparency register from a practitioner's point of view, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 437 ff. ([Link](#))



CHARI RAJ, New perspectives on lobbying regulation and reform: two generations of research, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 381 ff. ([Link](#))



CREPAZ MICHELE, Lobbying transparency and attitudes towards interest groups: a survey experiment, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 546 ff. ([Link](#))



DEMAY CLÉMENCE, 2. [ATF 149 II 66-72](#), c. 1 et ZBI 2023, 554-560, c. 2-4 (14.7.2022/a; [1C 661/2021](#)), RDAF 2024 I, S. 133 ff. ([Swisslex](#))



DEMAY CLÉMENCE, 4. ZBI 2023, 81-86 (26.4.2022/a; [1C 430/2021](#)), RDAF 2024 I, S. 137 ff. ([Swisslex](#))

² Art. 117c E-BV.



LeGes DENZLER JANIS, Der Wichtigkeitsbegriff der Vernehmlassung in Verfassung und Gesetz, LeGes 35 (2024) 3 ([Link](#))



DÜRR DAVID, 2048, Schlussbericht, Stein 2024 ([Verlag](#))



EZZAINI JURI/WÜTHRICH JONAS/BRÜGGEMANN SALIM/KOELEWIJN KYMANI/SORRENTINO GIANLUCA/GUT ROBIN/SERDÜLT UWE, The World of Referendums, 2024 Edition, Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 30 ([Link](#))

LeGes GLASER ANDREAS, Regulierung eindämmen: Demokratie bremsen?, Ein verfassungsrechtlicher Blick auf das Unternehmensentlastungsgesetz, LeGes 35 (2024) 3 ([Link](#))

DeFacto GUT ROBIN, Nationale und kantonale Volksabstimmungen im Vergleich, DeFacto vom 13. Dezember 2024 ([Link](#))



HOLYOKE THOMAS T., The case for associational self-regulation of lobbying in the United States, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 478 ff. ([Link](#))

LeGes JAUSLIN CARL/SCHINZEL MARC, Krisenfeste Gesetzgebung: Notwendigkeit oder Illusion?, LeGes 35 (2024) 3 ([Link](#))



KAVANAGH JENNIFER, Balancing the freedom to criticise government policy with regulating lobbying: using Irish lobbying regulation as a model of balancing constitutional rights with lobbying transparency, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 419 ff. ([Link](#))

plädoyer LEEMANN MATTHIAS, Oberster Gerichtshof von Weltrang, Plädoyer 06/24 ([Link](#))



MEYER ULRICH/ENGELI COLIN, Teilungültigkeitserklärung von eidgenössischen Volksinitiativen, Rechtsgutachten zur Volksinitiative „Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)“, SJZ 120/2024, S. 1075 ff. ([Swisslex](#))



MOSIMANN HANS-JAKOB, Richterinnen und Richter rufen nach Reformen, „Justice – Justiz – Giustizia“, 2024/4 ([Link](#))



NĂSTASE ANDREEA, A tale of two cities: regulating lobbying through public and private instruments in Brussels and Washington D.C, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 498 ff. ([Link](#))



SCHAUB LUKAS, Abstimmungsempfehlungen von der Kanzel? – Überlegungen zur (Nicht-)Bindung öffentlich-rechtlich anerkannter Kirchen an die Abstimmungsfreiheit, ZBI 125/2024, S. 631 ff. ([Swisslex](#))



SCHIFFERS MAXIMILIAN/PLÜMERS SANDRA, Explaining the German lobbying register law and its reform: combining insights from the Multiple Streams Framework and Punctuated Equilibrium Theory, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 396 ff. ([Link](#))



SCHWARZ DANIEL/WALDER MAXIME/GIGER NATHALIE/FIVAZ JAN, Warum Online-Wahlhilfen (nicht) genutzt werden, DeFacto vom 20. Dezember 2024 ([Link](#))



STEINMANN GEROLD, 5. ZBI 2023, 387-391 (15.02.2022/a; [1C_105/2021](#)), RDAF 2024 I, S. 139 ff. ([Swisslex](#))



STRAUS JACOB R., Lobbying from the Outside: Foreign Agents, Lobbyists, and Foreign Advocacy in the USA, in: LA PIRA/RASMUSSEN (Hrsg.), S. 527 ff. ([Link](#))



ZELLER FRANZ/VITTOZ SARAH, Schutz direkter Demokratie bei dringlicher Gesetzgebung, Klare Regeln für dringlich erklärte Bundesgesetze, die das Parlament noch vor der Volksabstimmung abändern will, LeGes 35 (2024) 3 ([Link](#))



ZUBLER CLIO, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 2. August 2023, [1C_567/2022](#) (Entscheidbesprechung), ZBI 125/2024, S. 666 ff. ([Swisslex](#))



5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani, MLaw, LL.M.
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Isabel Liniger, MLaw